

eine Legitimation für die von ihm angestrebte Regierungskonstellation.

Hindenburg, argumentiert der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, hätte Brüning im Amt belassen können und sei keineswegs gezwungen gewesen, den Reichstag aufzulösen. Die reguläre Neuwahl stand erst im September 1934 an. Bis dahin hätte sich die Wirtschaft wahrscheinlich erholt, die Arbeitslosenzahlen wären gesunken, der Zulauf zu den radikalen Parteien wäre abgeebbt.

In jedem Fall wäre es, so Winkler, „ein Gebot der Vernunft und der Verantwortung gewesen, die gemäßigte, parlamentarisch tolerierte Form der Präsidialregierung so lange wie möglich beizubehalten“. Hätte sich Hindenburg „von dieser Einsicht leiten lassen, wäre Hitler vermutlich nicht an die Macht gekommen“.

Mit 37,4 Prozent errang die NSDAP am 31. Juli 1932 das beste Ergebnis, das je eine Partei bei Reichstagswahlen in der Weimarer Republik erzielen konnte. Aber auch zusammen mit DNVP (6,2 Prozent) und DVP (1,2 Prozent) reichte es nicht zur absoluten Mehrheit. Allerdings waren die Nationalsozialisten stark genug, um jede gegen ihren Willen gebildete Regierung lähmen zu können.

Einem Misstrauensantrag der KPD am 12. September gegen die Regierung Papen schloss sich, neben allen anderen Parteien außer DNVP und DVP, auch die NSDAP an – und wieder wurde der Reichstag aufgelöst.

Nach der Neuwahl am 6. November, bei der die Nazi-Partei auf 33,1 Prozent zurückfiel, erteilte Hindenburg Hitler dennoch den Auftrag zur Regierungsbildung. Den gab der NS-Führer jedoch zwei Tage später zurück, weil er die Bedingungen des Reichspräsidenten nicht akzeptieren mochte.

Gegen eine erneute Kanzlerschaft Papens legte Wehrminister Schleicher quasi ein Veto ein – die Reichswehr könne die befürchteten politischen Streiks und Sabotageaktionen von links und rechts nicht unter Kontrolle halten. Daraufhin ernannte Hindenburg Schleicher zum Kanzler – mit der Maßgabe, eine Tolerierung seiner Regierung durch die Nazis zu erreichen. Während sich Schleicher darum bemühte, verhandelte jedoch Papen bereits im Auftrag Hindenburgs mit Hitler über dessen Berufung zum Kanzler.

Mit dem kühlen Hinweis, dass Schleichers Versuch, eine Reichstagsmehrheit zu finden, gescheitert sei, entließ Hindenburg den Kanzler am 28. Januar 1933. Schleicher reagierte verbittert auf diesen Winkelzug: Natürlich habe der Präsident das Recht, ihn abzusetzen, sagte er bei der Verabschiedung zu Hindenburg, „aber das Recht, hinter dem Rücken des von Ihnen berufenen Kanzlers mit einem anderen zu paktieren, gestehe ich Ihnen nicht zu. Das ist Treubruch“.

Die Reichstagsneuwahl, die Hitler nach seiner Ernennung zum Kanzler mit Hindenburgs Hilfe ansteuerte, sollte dann der letzte Urnengang sein. Die Rückkehr zum parlamentarischen System sei unbedingt zu vermeiden, kündigte der NS-Führer an. Ein Ermächtigungsgesetz, mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, würde die Regierung autorisieren, unter Ausschaltung des Parlaments Gesetze selbst zu verabschieden. Dafür war Hindenburg bereit, teilweise auf seine präsidialen Befugnisse zu verzichten.

Stundenlang marschierten am Abend des 30. Januar SA und „Stahlhelm“-Verbände in einem kilometerlangen Fackelzug auf der Wilhelmstraße erst an Hindenburg (in der alten Reichskanzlei, seinem provisorischen Amtssitz) und dann an dem etwa hundert Meter entfernt auf dem Balkon der neuen Reichskanzlei stehenden Hitler vorbei. Auch Zehntausende Zivilisten brachten beiden Ovationen dar.

Das imponierte Hindenburg, der sich darin bestärkt fühlte, an diesem Tag die richtige Entscheidung getroffen zu haben: „Patriotischer Aufschwung sehr erfreulich“, schrieb er seiner Tochter. ◆

Der Historiker Stephan Malinowski über die Begeisterung des deutschen Adels für die Nationalsozialisten

„ALLE BERÜHMTE FAMILIEN WAREN DABEI“



STEPHAN MALINOWSKI,

Jahrgang 1966, lehrt *Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin*. Er ist Autor der 2004 im Fischer Taschenbuch Verlag erschienenen Studie *„Vom König zum Führer“*.

SPIEGEL: Herr Malinowski, Hitler galt vielen Adligen als Parvenu. Henning von Tresckow soll gesagt haben, man müsse ihn „wie einen tollen Hund abschießen“. Was bedeutete dieser Herrenhabitus für das Verhältnis des Adels zu den Nationalsozialisten?

Malinowski: Zunächst einmal trug er dazu bei, dass Hitler möglich wurde. Denn der Adel unterschätzte die Nazis aus genau dieser Herrenhaltung heraus – am deutlichsten formuliert 1933 von Hitlers Steigbügelhalter und Vizekanzler Franz von Papen: Man habe den NSDAP-Chef „engagiert“, in zwei Monaten sei Hitler „in die Ecke gedrückt, dass er quietscht“. Bekanntlich kam es dann genau andersherum. Dieser Habitus spielte dann aber auch für den Entschluss zum Staatsstreich eine Rolle, denn in einer Gesellschaftsschicht, die tausend Jahre lang Herrschaft ausgeübt hatte,

gab es kaum absolutes Parteigängertum und Führertreue bis zum bitteren Ende. Für den Adel war das eher eine Art selbstgewähltes Bündnis. Zu den unbestreitbaren Ehrentaten der Männer des 20. Juli gehört, dass sie dieses Bündnis von sich aus aufgekündigt haben.

SPIEGEL: Aber was hatte der Nationalsozialismus Adligen überhaupt zu bieten?

Malinowski: Karrieren und Landbesitz zum Beispiel. Von den rund 10 000 adligen Offizieren im Kaiserreich wurden nach 1918 nur rund 900 in die stark verkleinerte Reichswehr übernommen. Es gab nach dem Ersten Weltkrieg Tausende regelrecht arbeitslose preußische Adlige, die auf nichts anderes vorbereitet worden waren als eine Karriere beim Militär – traditionell Absicherung für nachgeborene Söhne, die keinen Grundbesitz erbten.

SPIEGEL: Und die Aufrüstung der Nazis öffnete dieses Tor dann wieder.

Malinowski: Richtig. Die Anzahl der adligen Offiziere schnellte nach 1933 innerhalb von zwei Jahren von 900 auf rund 2300

hoch. Dazu kamen Karrierechancen als Folge politischer Säuberungen im höheren Verwaltungsdienst und in der Diplomatie. Nicht zu vergessen auch die Posten bei der SS – fast jeder fünfte SS-Obergruppenführer, also die zweithöchste Rangstufe, stammte aus dem Adel. Es begegneten sich in der SS viele klangvolle Namen: Alvensleben, Bülow, Pückler, Steuben, Us- lar, Westphalen oder Henckel-Donnersmarck.

SPIEGEL: Und andere hofften auf Beuteland aus Hitlers Feldzügen?

Malinowski: Die Nazis hatten ja große Schwierigkeiten, für ihre Ost- siedlungspolitik das viel- beschworene „Volk ohne Raum“ zu finden. Aus Arbeitern wollte Hitler Wehrbauern machen, aber die mochten nicht. Ganz anders der Adel: Der Großherzog von Oldenburg etwa schrieb schon Anfang Juni 1941 an SS-Chef Heinrich Himmler, dass einige seiner sechs Söhne gern im Osten siedeln würden, ob man sich nicht schon mal eine Option für den Kauf „größerer Güter“ sichern könne. Es gibt weitere Beispiele. Hält man sich den materiellen Aspekt vor Augen, ist es weniger erstaunlich, dass viele Adlige so lange mitge- macht haben.

SPIEGEL: Aber vor 1933 hatten die adligen Her- ren doch allen Grund, sich vor den Nazis eher zu fürchten. In der NSDAP gab es einen starken sozialistischen Flügel, und unter Hitlers SA-Schlägern fanden sich viele Proletarier und Landarbeiter.

Malinowski: Das Verhält- nis zwischen Adel und Nationalsozialismus ist

die Geschichte eines Missverständnisses. Was die Adligen in der braunen Partei sahen, war nicht das, was sie dann bekamen. Als Kampfbewegung stand sie radikal gegen alles, wogegen auch der Adel stand: Demokratie, Republik, Parlamentarismus, Parteienstaat, Sozialdemokratie. Aus seiner Sicht war das also eine Organisation, mit der man etwas anfangen konnte, die man reiten konnte wie ein Pferd – und es dauerte lange, bis der Adel merkte, dass sich das Verhältnis von Ross und Reiter ver- kehrt hatte.

SPIEGEL: Welchen Anteil hat der Antisemitismus?

Malinowski: Der größte deutsche Adelsverband, die Deutsche Adelsgenossenschaft, führte bereits 1920 einen Arierpara- graphen ein. Als Gruppe hat sich der Adel ja immer über Blut

definiert. Dass auch die Nazis in Kategorien wie Blut und Rasse dachten, hat nachweislich viele Adlige angesprochen.

SPIEGEL: Wie weit spielte der Adel den Nazis in die Hände?

Malinowski: Es gibt ab etwa 1930 eine nachweisbare Bewegung im gesamten deutschen Adel in die NSDAP hinein. Das fängt mit August Wilhelm Prinz von Preußen an, dem vierten Sohn des letzten Kaisers, der in Bierzelten für die Nazis auftrat,

und gilt für viele andere Geschlechter. Es gibt inner- halb des preußischen Adels praktisch keine der berühmten Familien, die nicht dabei ist.

SPIEGEL: Können Sie Zahlen nennen?

Malinowski: In der win- zig kleinen Gruppe des Hochadels werden rund 70 Fürsten, Prinzen und Prinzessinnen noch vor 1933 Parteigenossen. Bis 1941 sind es etwa 270. Beim niederen Adel sieht es nicht anders aus. Man findet in den Mitglieds- karteien der NSDAP 34 Bismarcks, 41 Schulen- burgs, 43 Bredows, 40 Bülows, 43 Kleists, 53 Arnims, 78 Wedels – ins- gesamt allein aus einer Stichprobe von 350 Fa- milien fast 3600 Adlige. Und jeder Vierte trat vor 1933 ein.

SPIEGEL: Es gab unter den Edelleuten aber auch Demokraten. Wie ging der Adel mit Standes- genossen um, die sich zur Weimarer Republik bekannten?

Malinowski: Sie wurden nicht mehr zur Jagd oder zu Bällen eingeladen, ihre Offizierskameraden schnitten sie, sie wurden nicht mehr geheiratet, ihre Töchter wurden nicht mehr zum Tanz aufgefordert. Unter Um-

ständen wurden sie aus ihren Familienverbänden ausgeschlos- sen. Der schlesische Baron Kurt Freiherr von Reibnitz etwa, als sozialdemokratischer Staatsminister nach 1918 eine adlige Aus- nahmegestalt, wurde von seinen Standesgenossen als „zucker- süßer Reibnitz“ verhöhnt und gesellschaftlich geschnitten.

SPIEGEL: Immerhin waren es dann nicht zuletzt Adlige, die den Mut aufbrachten, mit Hitler zu brechen und sich sogar aktiv gegen ihn zu stellen.

Malinowski: Ohne Adel hätte es keinen 20. Juli 1944 gegeben – aber eben auch keinen 30. Januar 1933. Das Attentat ist der zweite Teil, zu dem ein erster Teil gehört. Und der scheint mir der wichtigere Part zu sein. Geschichte verläuft von hinten nach vorn.

INTERVIEW: HANS MICHAEL KLOTH, KLAUS WIEGREFE



BRAUNER KAISERSOHN

August Wilhelm Prinz von Preußen (M.), vierter Sohn Wilhelms II., in SA-Uniform 1933 bei der Einführung des ehemals kaiserlichen Generalfeldmarschalls August von Mackensen (l.) als Preußischer Staatsrat, mit dem Reichsbischof der „Deutschen Christen“, Ludwig Müller (r.).